

Zivilgesellschaftliches Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie stärken – Erwartungen an den Bundeshaushalt 2027

Als Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Dachverband von Organisationen und Institutionen, die im In- und Ausland Friedensarbeit leisten, erleben wir eine Zeit mit vielen gesellschaftspolitischen Herausforderungen: Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind gefährdet. Rechtsradikale und autoritäre Kräfte gewinnen an Einfluss, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung von und Gewalt gegen Minderheiten und Geflüchtete(n) nehmen zu. International erleben wir zunehmend nationale Egoismen, Alleingänge, Abschottung und Großmachtbestrebungen, eine Militarisierung der Politik und die Unterdrückung gesellschaftlichen Engagements für Menschenrechte und Gerechtigkeit. Vielfach mangelt es an Willen und Ressourcen, um zentrale Herausforderungen wie die Klimakrise, Armut und soziale Ungerechtigkeit entschieden anzugehen.

Zugleich setzen sich zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke weltweit, auch in Deutschland, nachhaltig für eine gerechte und friedliche Zukunft ein und übernehmen Verantwortung für die Schöpfung.

Mitgliedsorganisationen der AGDF und ihre weltweiten Partner bewirken unter anderem:

- Junge Menschen engagieren sich im Freiwilligen Internationalen Jahr in gemeinwohlorientierten Projekten. Sensibilisiert für globale Zusammenhänge setzen sich viele auch auf ihrem weiteren Lebensweg für ein gerechtes, friedliches und nachhaltiges Miteinander ein. Sie übernehmen als Multiplikator:innen und Entscheidungsträger:innen Verantwortung und nutzen ihre interkulturellen Erfahrungen, um grenzüberschreitende Kooperationen und gesellschaftliche Integration zu fördern.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland halten die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen wach. In Zeiten populistischer Vereinfachungen und nationaler Egoismen fördern sie eine kontinuierliche und partizipative Erinnerungskultur und eine demokratische Bildung im Bewusstsein der Gewalt- und Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Sie zeigen Kontinuitäten von Diskriminierungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf und setzen sich dafür ein, den Opfern von Gewalt und ihren Nachkommen Gerechtigkeit zu verschaffen.
- Internationaler Austausch fördert sprachliche und interkulturelle Kompetenzen und lässt Vertrauen und Verständnis über nationale oder kulturelle Grenzen hinweg wachsen. Fähigkeiten zum friedlichen Ausgleich in internationalen und innergesellschaftlichen Konflikten werden so gestärkt. Grenzüberschreitende Verbindungen sind angesichts autoritärer Aggressionen gegen die europäische und internationale Friedens- und Rechtsordnung wichtiger denn je. Die internationale Vernetzung einer unabhängigen Zivilgesellschaft ist dafür die unerlässliche Basis, gerade auch angesichts zunehmender Einschüchterungsversuche in vielen Staaten.
- Friedensorganisationen bilden einen verlässlichen Kern im Widerstand gegen rechtsextreme, demokratiefeindliche Kräfte; sie setzen sich für den Schutz von Minderheiten ein und empowern benachteiligte Gruppen. Sie sind Impulsgeber für am Gemeinwohl orientierte soziale Transformation, bauen innovative Netzwerke auf und halten die globale Perspektive präsent.
- In Angeboten der Friedensbildung erfahren Menschen aus unterschiedlichen Milieus und jeden Alters, wie Frieden auf verschiedenen Ebenen konkret realisiert werden kann und welchen Beitrag sie dazu leisten können. In Qualifikationskursen bekommen Interessierte dafür das notwendige Handwerkszeug an die Hand.
- Ausgebildete Fachkräfte von Friedensorganisationen tragen dazu bei, dass Gewalt vorgebeugt wird sowie Konflikte deeskaliert und konstruktiv bearbeitet werden – in Krisenregionen, ebenso wie in Deutschland. Sie fördern Versöhnungsprozesse nach Kriegen.

Diese wertvolle und unverzichtbare Friedensarbeit lebt von großem ehrenamtlichem Engagement und wird durch erhebliche finanzielle Mittel von Kirchen und Stiftungen und privaten Spender:innen unterstützt. Sie ist zugleich auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Der Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2027 weist hier in die falsche Richtung.

Der Etat für internationale und Entwicklungszusammenarbeit wird wiederholt gekürzt, die Demokratieförderung reduziert, obwohl Expert:innen vor kumulierten negativen Effekten und irreparablen Schäden warnen. Auch beim Zivilen Friedensdienst, beim entwicklungspolitischen Freiwilligendienst weltweit und zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Vorhaben wird der Rotstift angesetzt. Damit verlieren wir erfahrene Friedensfachkräfte in Krisenregionen sowie junge Menschen, die schon früh global vernetzt denken und handeln können und im verantwortungsvollen Agieren in internationalen Beziehungen geschult sind. Die Friedensarbeit vor Ort wird geschwächt.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass laut Regierungsentwurf im BMBFSFJ-Etat die für Freiwilligendienste bereitgestellten Mittel im Jahr 2027 ebenso konstant gehalten werden wie die Mittel für den Kinder- und Jugendplan des Bundes, aus dem u.a. internationale Workcamps und Jugendbegegnungen gefördert werden. Allerdings scheint der von den Koalitionsfraktionen Ende 2025 initiierte Ausbau von Freiwilligendiensten zur Disposition zu stehen, da kein entsprechender Mittelaufwuchs vorgesehen ist und ab 2028 die Verpflichtungsermächtigungen verringert werden sollen. Darum schließen wir uns der Forderung der Inlandsdienste nach einem umfassenden Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an, das nicht zuletzt auch eine Anhebung der Pro-Platz-Förderung im Internationalen Jugendfreiwilligendienst beinhalten sollte.

Deutschland braucht in diesen schwierigen Zeiten starke und resiliente zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich für Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Gerechtigkeit stark machen. Wir erwarten vom Deutschen Bundestag, dass sich dies auch im Haushalt des Bundes für 2027 widerspiegelt.

Stuttgart, den 26.09.2026